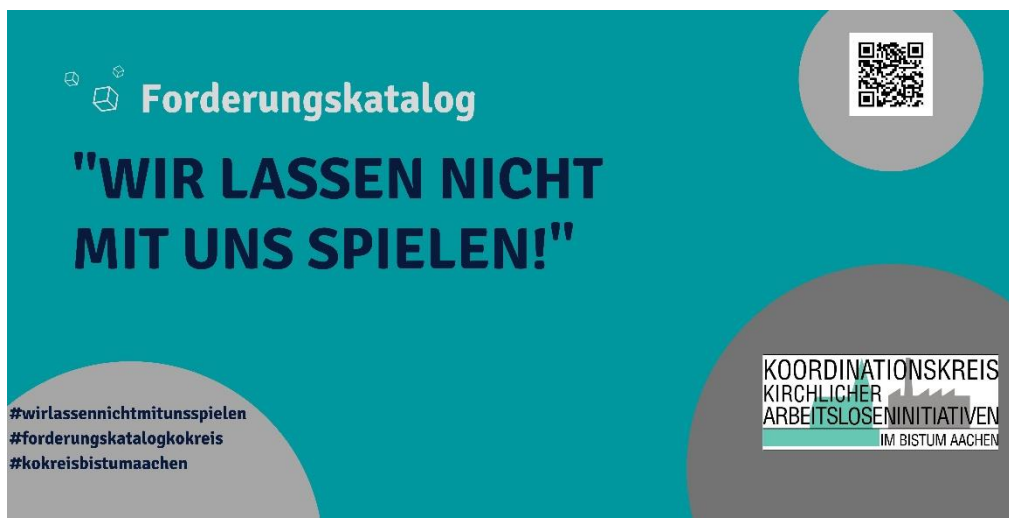


Forderungskatalog

Koordinationskreis kirchlicher Arbeitsloseninitiativen im Bistum Aachen



Die Förderpolitik für Menschen ohne Erwerbsarbeit oder in schwierigen Beschäftigungsverhältnissen ist seit Jahren eher als Form einer „Förderpolitik“ Realität, die Menschen zunächst einmal Hürden entgegenstellt, an denen sie nicht selten scheitern. Förderung muss, ebenso wie rechtlich zustehende Leistungen, nicht selten eingefordert werden, was vielen Menschen ohne Unterstützung nicht möglich ist. Die Schwächsten bleiben auf der Strecke. Ganz besonders sind genau sie in und durch die Pandemie besonders belastet und somit (wiedermal) die Verlierer. Auf adäquate Hilfe ist kaum zu hoffen – insbesondere bei geschlossenen Ämtern.

Die aus unserer Sicht wichtigsten Bereiche Jugend, Niedriglohnsektor und Erwerbslosigkeit wurden im Dialog mit Experten und Fachkräften erörtert und diskutiert. Ergebnisse und Forderungen sind in diesem Papier verdeutlicht.

1) Keine:r bleibt auf der Strecke – Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten und berufliche Perspektiven für alle

Die Anzahl der Ausbildungsplätze ist in den letzten Jahren stetig gesunken; durch die pandemiebedingten Einschränkungen hat sich diese Entwicklung nochmals verschärft. Dem gegenüber stehen ein vieldiskutierter Fachkräftemangel und eine uns herausfordernde Digitalisierung der Arbeitswelt.

Fakt ist aber: Jahr für Jahr finden Tausende von Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz. Im Berufsbildungsbericht des BIBB ist nachzulesen, dass jede:r siebte Jugendliche ohne Berufsausbildung bleibt und somit ein sehr hohes Risiko hat, bereits zu Beginn des beruflichen Werdegangs arbeitslos zu werden.

Aus der Bildungsforschung sind die daraus sehr häufig folgenden negativen Auswirkungen auf die gesamte berufliche Entwicklung hinlänglich bekannt, einschließlich schlechterer Gesundheit, einer früheren Sterblichkeit und eines niedrigeren Lebenseinkommens.

Ein werteorientiertes Menschenbild verpflichtet uns als Gesellschaft, gerade auch bildungsferne Jugendliche in schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen nicht zu verlieren; zudem wäre dies angesichts der demographischen Entwicklung auch gesellschaftlich fahrlässig. Für eine Förderung, die diesen Namen verdient, brauchen wir nicht nur finanzielle, sondern auch strukturelle Veränderungen und Unterstützung.

Forderungen:

- **Ausbildungsgarantie für alle**
- **Berufsorientierung für alle, inklusive eines persönlichen Coachings im Übergang Schule – Beruf**
- **Stärkung außerschulischer Bildungsarbeit**

2) Prekäre Erwerbsarbeit ist ein Armutszeugnis für ein reiches Land. Der gesellschaftliche Wohlstand muss besser verteilt werden, auch in der Berufswelt durch angemessene Arbeitsbedingungen

Mini-Jobber:innen, Menschen in prekärer Beschäftigung, eine Berufsbiographie ausschließlich in Zeitverträgen – fast jede Beschäftigung im Bereich Niedriglohnssektor ist durch hohe berufliche Unsicherheit geprägt, auch hier mit einem deutlich negativen Einfluss auf Gesundheit, Mortalität und Lebenseinkommen.

Im Rahmen der pandemiebedingten Einschränkungen hat sich die Situation der Betroffenen noch deutlich verschlechtert. Das Wegbrechen von Zuverdiensten, Minijobs und Ausbildungsplätzen hat viele, die ohnehin am Existenzminimum leben, tief getroffen. Branchen, die von der Krise profitiert haben, geben dies fast nie an ihre Beschäftigten weiter, vielmehr ist eine Verschärfung schlechter Arbeitsbedingungen festzustellen.

Forderungen:

- **Deutliche Erhöhung der Tarifbindung nach dem österreichischen Vorbild und Allgemeinverbindlichkeitserklärung**
- **Abschaffung von Minijobs und Umsetzung der Arbeitsschutzbestimmungen in allen Bereichen**
- **Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor**

3) Gesellschaft als Wertegemeinschaft – wohin wollen wir steuern?

Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse sind systembedingte Voraussetzungen gesellschaftlicher Teilhabe und sollten auf langfristige Sicherung angelegt sein; Menschen ganzheitlich in ihren Kompetenzen und Fähigkeiten fördern; gesellschaftliche Werte schaffen; sozialversicherungspflichtig und existenzsichernd sein und keinen Zwangs- bzw. Sanktionscharakter haben.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass der Wert von Menschen in unserer Gesellschaft oft an ihrer Verwertbarkeit in der Erwerbsarbeit festgemacht wird, auch im Umgang mit ihnen von behördlicher Seite. Hierbei zählen wirtschaftlich verwertbare Arbeiten; wenig oder keine Anerkennung erhalten unbezahlte Pflege- und Familienarbeit, deren immense Bedeutung pandemiebedingt stark ins gesellschaftliche

Blickfeld geraten ist und die wichtige Grundpfeiler unserer Gesellschaft bilden und garantieren. Gesellschaftliche Abwertung erfahren auch Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Bildungsdefiziten. Die potentiell kriminalisierende Forderungshaltung insbesondere der Jobcenter verstärkt diese Fehlentwicklung noch und führt zu materieller Not, eine Verschärfung prekärer Lebensumstände und Verzweiflung bei den Betroffenen.

Hier widersprechen wir. Der Wert eines Menschen darf nicht an Verwertbarkeit für die Arbeitswelt gekoppelt werden. Die Grundlage unserer Gesellschaft muss eine werteorientierte und darf keine materielle sein.

Deutschland ist ein reiches Land. Sein Wohlstand muss allen Mitgliedern ein lebenswertes Leben ermöglichen, sowohl in der beruflichen Qualifizierung (Zertifikate, Teilabschlüsse, Berufsausbildungen), um der dequalifizierenden und gesundheitsschädlichen Wirkung von Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken; in den Integrationsleistungen (individuelle Beratung und Stabilisierung, Trainingsmaßnahmen, Selbstorganisation) zur nachhaltigen Sicherung der Berufs- und Lebensperspektiven; in einer ganzheitlichen Bildung, die den einzelnen Menschen zum Ausgangspunkt einer persönlichkeitsstärkenden, gesundheitsfördernden und an gesellschaftlicher Teilhabe orientierten Vielfalt von Bildung und Qualifikation macht, sowie in einer grundsätzlich wertschätzenden Haltung, die den Wert eines Menschen nicht an Status und Attribute bindet, sondern ein wertorientiertes gesellschaftliches Miteinander ermöglicht und fördert.

Forderungen:

- **Regelsätze bedarfsgerecht und den Mindestlohn anheben**
- **Erhöhung der Eingliederungstitel**
- **Bildungsarbeit inklusiver politischer Bildung stärken und etablieren**
- **Räume für Begegnung von Erwerbslosen, um der Einsamkeit entgegenzuwirken und Struktur zu ermöglichen**

15.07.2021

gez.

Meike Schuster und Kristina Hamm